

GAIiA

ÖKOLOGISCHE PERSPEKTIVEN FÜR
WISSENSCHAFT UND GESELLSCHAFT
ECOLOGICAL PERSPECTIVES FOR
SCIENCE AND SOCIETY

2 | 2013



-
- INTERNATIONALE KLIMAPOLITIK
 - SCIENCE-POLICY INTERFACE
 - GRÜNE GENTECHNIK UND ETHIK
-

Ausbau der Stromnetze – Konflikte und Perspektiven der deutschen Energiewende

Mario Neukirch

Windenergie spielt bei der Energiewende in Deutschland eine tragende Rolle. Da die meiste Windkraft in Norddeutschland gewonnen wird, muss die überschüssige Energie zu den Verbrauchszentren in Süd- und Westdeutschland transportiert werden. Deshalb plant die Bundesregierung einen umfangreichen Ausbau des Stromnetzes – über den wird in Politik und Gesellschaft derzeit debattiert.

Extension of Power Grids – A Contested Area in the German Energy Transition | GAIA 22/2 (2013): 138–139

Keywords: energy transition, grid extension, policy field analysis

Der Bau vieler Stromtrassen, die gemäß des Bedarfsplans der Bundesregierung bis 2010 hätten in Betrieb gehen oder bis 2015 fertiggestellt werden sollen (vergleiche EnLAG 2009), ist heute im Verzug – von den insgesamt 1855 Kilometern an Hochspannungsleitungen wurden Ende 2012 lediglich 268 Kilometer betrieben.¹ Der Stillstand hat mehrere Gründe: komplexe Planungsverfahren, fehlende Kompetenzen in den zuständigen Behörden, Widerstand aus den Bundesländern und mangelnder Wille der Netzbetreiber, in neue Technologien zu investieren. Für Politik, Netzbetreiber und Medien liegt die Schuld an den Verzögerungen vor allem

bei Bürgerinitiativen, die den Netzausbau ablehnen (Bruns et al. 2012, S. 76 f.). Unabhängig davon, was tatsächlich den Ausbau hemmt: Die Protestgruppen und andere Akteure, die Kritik an Einzelvorhaben oder dem Gesamtkonzept üben, sind die Einzigen, die sich zur Be- oder Verhinderung der Projekte bekennen. Die Proteste werden dabei aber keineswegs von den Medien konstruiert: Beispielsweise gab es im Rahmen der Raumordnungsverfahren zur hessisch-niedersächsischen Trasse von Mecklar nach Wahle rund 22 000 Einwendungen, in Brandenburg engagieren sich 30 Bürgerinitiativen gegen die als Freileitung geplante Uckermarkleitung und in Thüringen wird seit nunmehr zehn Jahren gegen den Bau einer Leitung durch den Thüringer Wald protestiert.

Forderungen der Bürgerinitiativen

Zwei Arten von Forderungen an den Netzausbau sind zu unterscheiden:

Trassenbezogene Forderungen zielen darauf, die Gestaltung einzelner Projekte zu modifizieren. Das zentrale Anliegen der Bürgerinitiativen spiegelt sich bereits in ihren Namen wie „Pro Erdkabel“, „Hochspannung tief legen“ und „Ab in die Erde“ wider: Die Leitungen sollen unterirdisch verlegt werden. Die Initiativen nennen als

wichtigste Gründe mögliche Gesundheitsschäden durch Elektromog, Wertverlust von Immobilien, Nachteile für den Tourismus und eine subjektive Minderung der Lebensqualität. Zusätzlich kritisieren sie, dass die Planungen intransparent erfolgten und die Anwohner(innen) keinerlei Rechte zur Mitsprache über den Trassenverlauf hätten. Einige Initiativen fordern, die Trasse nicht in herkömmlicher Wechselstromtechnik zu realisieren, sondern auf Basis von Gleichstrom (HGÜ). Als Argumente werden niedrige Übertragungsverluste und das Nicht-Auftreten elektromagnetischer Strahlung angeführt. Vor allem in Brandenburg und Thüringen, wo Trassenverläufe durch Naturschutzgebiete geplant sind, spielt der Naturschutzaspekt in den Auseinandersetzungen eine wichtige Rolle.

Konzeptbezogene Forderungen beziehen sich kritisch auf Annahmen, die dem Ausbaukonzept zugrunde liegen, und fordern dessen Neugestaltung. Eine Analyse von Hintergründen der Proteste und Einstellungen der Betroffenen am Beispiel der geplanten Trasse von Wahle nach Mecklar zeigt, dass die Akzeptanz für neue Strom-

Kontakt Autor: Dr. Mario Neukirch | Universität Stuttgart | Institut für Sozialwissenschaften | Organisations- und Innovationssoziologie | Stuttgart | Deutschland | E-Mail: mario.neukirch@sowi.uni-stuttgart.de

Kontakt ENERGY-TRANS: Dipl.-Geogr. Jens Schippl | Karlsruher Institut für Technologie (KIT) | Institut für Technikfolgenabschätzung und Systemanalyse (ITAS) | Postfach 3640 | 76021 Karlsruhe | Deutschland | Tel.: +49 721 60823994 | E-Mail: jens.schippl@kit.edu | www.energy-trans.de

© 2013 M. Neukirch; licensee oekom verlag. This is an article distributed under the terms of the Creative Commons Attribution License (<http://creativecommons.org/licenses/by/3.0>), which permits unrestricted use, distribution, and reproduction in any medium, provided the original work is properly cited.

¹ www.bundesnetzagentur.de

leitungen am höchsten ist, wenn Strom aus Wind- und Photovoltaikanlagen eingespeist wird. Am niedrigsten ist die Zustimmung hingegen, wenn Maßnahmen zum Netzausbau vor allem für Strom aus Kohlekraftwerken erfolgen sollen (Rau et al. 2010, S. 10). Jarass und Obermair (2009, S. 55) kritisieren, dass ein Teil der Leitungen nur gebaut werde, um den Weiterbetrieb von Kohlekraftwerken auch bei Starkwind zu ermöglichen. Neue Standorte von Kohlekraftwerken – wie Stade, Wilhelmshaven und Hamburg-Moorburg – finden sich nämlich in Küstennähe und werden ebenfalls Netzkapazität beanspruchen. Umweltverbände sowie Akteure aus Wissenschaft, Politik und Bürgerinitiativen fordern daher, neue Leitungen allein für den Transport regenerativer Energien zu bauen. Außerdem sollte der Netzausbau nicht zur Ausweitung des internationalen Stromhandels führen, um nationale Ziele der Klimapolitik nicht zu konterkarieren. Die Deutsche Umwelthilfe und der Bundesverband Windenergie fordern zusätzlich, Technologien zur Netzoptimierung einzusetzen, um den Ausbaubedarf zu reduzieren.

Reaktionen von Politik und Netzbetreibern

Angesichts der Kontinuität der Proteste, der Vielzahl ihrer Unterstützer(innen) sowie der Nachvollziehbarkeit vieler Argumente und Sichtweisen sind Politik und Netzbetreiber in einigen Aspekten auf die Bevölkerung zugegangen. Die Netzbetreiber haben versucht, Korrekturwünsche zu berücksichtigen, und mögliche alternative Trassenverläufe diskutiert. In Regionen mit starken Protesten richteten sie Bürgerbüros ein und informierten bei Veranstaltungen, um die Akzeptanz ihrer Vorhaben zu verbessern. Diese Maßnahmen zeigen, dass die Netzbetreiber zwar einerseits im Detail kompromissbereit sind – andererseits aber Forderungen, die zu größeren Modifikationen des Trassenverlaufs führen würden, nicht nachkommen.

Eigentlicher Adressat der Forderungen ist die politisch-administrative Ebene. Der möglicherweise größte direkte Erfolg der Bürgerproteste war die Verabschiedung des *Erdkabelgesetzes* durch die niedersäch-

sische Landesregierung (Niedersächsisches Erdkabelgesetz 2006). Danach ist ein Erdkabelabschnitt prinzipiell möglich, wenn die Mindestabstände einer Freileitung zu Siedlungen von 200 Metern beziehungsweise 400 Metern bei einzelnen Wohngebäuden unterschritten würden. Diese Regelung wurde in abgeschwächter Form in den Bundesbedarfsplan integriert: Bei vier Trassen sollen Erdkabel getestet werden. Dabei handelt es sich kaum überraschend um besonders umstrittene Vorhaben.

Als Reaktion auf die Proteste ist auch die Schaffung veränderter Rahmenbedingungen für die Netzplanung (Bruns et al. 2012, S. 51 ff.) zu verstehen, wie das *Netzausbaubeschleunigungsgesetz* und die Reform des *Energiewirtschaftsgesetzes*. Obwohl die Neuregelungen deutliche Fortschritte hinsichtlich Bürgerbeteiligung und Transparenz darstellen, tragen sie nicht zur Lösung der aktuellen Konflikte bei, weil sie erst für Projekte gelten, deren konkrete Planung noch nicht begonnen hat.

Darüber hinaus gibt es viele kleine Zugeständnisse. Doch es kann keine Rede davon sein, dass sich die Proteste mit ihren Forderungen durchgesetzt hätten.

Konflikte überwinden

Um Konflikte zu entschärfen, sollte der Gesetzgeber den Bürgerinitiativen bei ihrem wichtigsten Anliegen, der Forderung nach Erdkabeln, mehr entgegenkommen. Abstandsregelungen, wie sie etwa in Niedersachsen gelten, könnten auf das ganze Bundesgebiet übertragen werden. Außerdem sollte für jede einzelne Leitung offengelegt werden, in welchem Maß sie für die erneuerbaren Energien gebraucht wird. Der Bau neuer Kohlekraftwerke im norddeutschen Küstenraum schadet der öffentlichen Akzeptanz des Netzausbaus. Angesichts massiver Exportüberschüsse aus der deutschen Stromproduktion sollte erwogen werden, diese Kraftwerke nicht zu bauen oder sie durch kleinere, gut regulierbare Gasturbinen zu ersetzen. Letztere bieten heute eine optimale Ergänzung zu der fluktuierenden Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien und erfordern eine geringere Netzkapazität.

Der wesentliche Erfolg der Proteste besteht darin, dass sie die öffentliche Diskus-

Helmholtz-Allianz ENERGY-TRANS

Die Energiewende in Deutschland und die mit ihr verbundenen Anforderungen an die Transformation des nationalen und europäischen Energiesystems stehen im Zentrum der Forschung der Helmholtz-Allianz ENERGY-TRANS.

Die neuartige Perspektive von ENERGY-TRANS besteht darin, das Energiesystem in erster Linie von der gesellschaftlichen Bedarfs- und Nutzerseite her zu betrachten und die vielfältigen Schnittstellen zwischen technischen, wirtschaftlichen und sozialen Faktoren, die den Prozess des Umbaus hin zu neuen Infrastrukturen bestimmen, zu analysieren.

Die Ergebnisse sollen handlungsorientiertes Wissen für eine effiziente und sozialverträgliche Ausgestaltung des künftigen Energiesystems bereitstellen.

WEITERE INFORMATIONEN:

www.energy-trans.de

sion über die Energiewende um wichtige Punkte ergänzt haben und so über die zukünftige Energie- und Klimapolitik demokratischer entschieden werden kann. Ein „Wutbürger-Diskurs“, der darauf abzielt, die Proteste zu diffamieren, verbietet sich ebenso wie restriktive Forderungen, Einspruchs- und Klagerechte zu beschränken oder Naturschutzgesetze abzuschwächen.

Literatur

- Bruns, E., M. Futterlieb, D. Ohlhorst, B. Wenzel. 2012. *Netze als Rückgrat der Energiewende. Hemmnisse für die Integration erneuerbarer Energien in Strom-, Gas- und Wärmenetze*. Berlin: Universitätsverlag der TU Berlin.
- EnLAG. 2009. *Gesetz zum Ausbau von Energieleitungen (EnLAG) vom 21. August 2009*. Bundesgesetzblatt Teil I: 2870.
- Jarass, L., G. M. Obermair. 2009. Mehr Übertragungsleistung in Höchstspannungsnetzen. Optimierung geht vor Verstärkung und Neubau – Dena-Netzstudie I ist überholt. *Energy 2.0* Februar 2009: 53–55.
- Niedersächsisches Erdkabelgesetz. 2006. *Niedersächsisches Gesetz über die Planfeststellung für Hochspannungsleitungen in der Erde vom 13. Dezember 2007*. Niedersächsisches Gesetz- und Verordnungsblatt 40/2007: 709.
- Rau, I., P. Schweizer-Ries, J. Zoellner. 2010. *Umweltpsychologische Untersuchung der Akzeptanz von Maßnahmen zur Netzintegration Erneuerbarer Energien in der Region Wahle-Mecklar (Niedersachsen und Hessen)*. Abschlussbericht. Saarbrücken.